

<b>Entscheidendes Gremium: Bürgerschaft</b>		
<b>Vorsitzende der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE.PARTEI</b>		
<b>Beratung von queeren Erwachsenen</b>		
Geplante Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
28.04.2021	Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Migration	Empfehlung
19.05.2021	Bürgerschaft	Entscheidung

- zurückgezogen am 06.05.2022 (Änderungsantr. zur Haushaltssatzung [2022/BV/3009] wird erarbeitet) 03.1/Wo. 06.05.22

### **Beschlussvorschlag:**

Der Oberbürgermeister wird beauftragt,

die Beratung von queeren Erwachsenen in der Hanse- und Universitätsstadt Rostock durch die finanzielle Unterstützung hauptamtlicher Beratungsstrukturen zu verbessern.

Auf Grundlage eines tragfähigen Konzeptes zur Beratungs-, Präventions- und Gruppenarbeit sollen dem Verein Rat + Tat e.V. dafür jährlich 50.000 € bereitgestellt werden. Finanziert werden sollen eine volle Stelle sowie Sachkosten. Das Projekt soll noch 2021 beginnen und in den Folgejahren fortgesetzt werden.

Mit dem Landkreis Rostock soll in Verhandlungen über eine mögliche Kofinanzierung ab 2022 getreten werden.

Die Mittel sind zweckgebunden als Zuschuss an Rat + Tat e.V. für Beratungsleistungen von in Rostock wohnhaften LSBTI\*, die aus Altersgründen nicht über die Jugendhilfe gefördert werden können, und ihren Angehörigen zu verwenden.

### **Sachverhalt:**

Der Verein Rat+ Tat e.V. leistet seit vielen Jahren wertvolle Beratung von LSBTI\* in Rostock. Über Mittel der Jugendhilfe kann dies aber nur bis zum 18. Lebensjahr der zu Beratenden gefördert werden, in Ausnahmefällen bis 27 Jahre. Die Beratung Älterer wird bislang vollständig ehrenamtlich geleistet. Eine optimale Unterstützung (z. B. Coming-Out-Beratung) ist damit dauerhaft jedoch nicht gewährleistet. Der Verein hat ein Konzept für Ü27-Beratung entwickelt. Es beinhaltet u.a. auch Präventionsarbeit zur Verhinderung von Diskriminierung und Schulungen für Pflege- und Betreuungspersonal und Pädagog\*innen.

Der zu beratende Personenkreis ist nicht identisch mit dem Personenkreis, für den mit Antrag 2021/AN/1911 der Aufbau eines landesweiten Beratungsangebots begehrt wird. Es handelt sich um zwei unterschiedliche Angelegenheiten.

**Finanzielle Auswirkungen: 50.000 €**

Teilhaushalt: TH 15

Die Deckung für 2021 erfolgt durch einen geringeren Zuschussbedarf der Tourismuszentrale für 2021. Während im Ergänzungsbeschluss zum Haushalt 2021 (2020/BV/1591) coronabedingt noch ein Zuschuss von 2,93 Mio. € vorgesehen war, sieht der gerade vorgelegte Wirtschaftsplan 2021 der Tourismuszentrale (2021/BV/1841) nur noch einen Zuschussbedarf von 2,06 Mio. € vor.

Uwe Flachsmeyer  
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

gez. Eva-Maria Kröger  
Fraktion DIE LINKE.PARTEI

## **Anlagen**

Keine